

Kita-Initiative oder Betreuungsgutscheine?

EVP-Stadtrat Martin Trachsel hat als Leiter des Lehrlingsheims und der Kindertagesstätte (Kita) des Cevi viel Einblick in die Kita-Situation in Bern und erläutert die politischen Vorschläge zum Thema.

Martin, was will die kontrovers diskutierte Kita-Initiative der SP genau?

Eltern oder Erziehungsberechtigte mit Wohnsitz in der Stadt Bern haben für ihre Kinder bis zum Eintritt in den Kindergarten oder in die Basisstufe einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte (Kita). Der Anspruch beginnt spätestens sechs Monate nach Anmeldung im angemeldeten Stadtteil im Umfang der bestellten Betreuungszeit.

Klingt doch gut! Weshalb bist ausgerechnet du als Kita-Betreiber dagegen?

Die Initiative geht mit einem Rechtsanspruch für alle Kinder im jeweiligen Stadtteil zu weit. Bei Annahme der Initiative wird die Stadt die Verantwortung für die familienexterne Kinderbetreuung übernehmen und die privaten Institutionen werden ausgeschaltet. Ausserdem haben wir keine Ahnung, wie viele Zusatzkosten entstehen. Darum unterstützen die EVP-Stadträte einen Systemwechsel zu Betreuungsgutscheinen und damit den Gegenvorschlag

zur Kita-Initiative. Dieses System regelt die Finanzierung und schafft für private und städtische Anbieter gleich lange Spiesse.

Wie funktionieren denn solche Betreuungsgutscheine?

Heute erhalten Kitas der Stadt aufgrund von Leistungsverträgen Betriebsbeiträge. Der Hauptunterschied bei Betreuungsgutscheinen besteht darin, dass die Subvention in Form eines zweckgebundenen Gutscheins (Voucher) erfolgt, den die Eltern bei der Kindertagesstätte oder bei Tageseltern einlösen können. Die Eltern können die Betreuungseinrichtung im Prinzip frei wählen. Der Gutschein wird von der öffentlichen Hand ausgegeben und kann nur für die familienergänzende Kinderbetreuung eingesetzt werden.

Auf der Suche nach einem Kita-Platz mussten wir feststellen, dass es fast genauso schwierig ist, von der Warteliste der städtischen Kitas wieder gelöscht zu werden, wie einen passenden Platz zu finden. Wie repräsentativ ist diese Warteliste überhaupt?

Das frage ich mich auch immer wieder. Eine grosse Warteliste fördert politisches Handeln und schafft neue subventionierte Plätze. Tatsache ist, dass die Stadt



Martin Trachsel

auch eine Anzahl Kinder in der Liste führt, welche bereits in privaten Kitas betreut werden. Die betreffenden Eltern wollen bei einem freien Platz von den Subventionen der öffentlichen Kita profitieren.

Was muss unternommen werden, damit der Kita-Findungsprozess schlanker und transparenter wird?

Der Markt wird über Angebot und Nachfrage entscheiden. Einen geeigneten Kita-Platz zu erhalten wird immer mit Anstrengung verbunden sein. Ein Überangebot wie es die Kita-Initiative fördert, kann sich die Stadt nicht leisten. Wichtig scheint mir, dass die Priorität der Betreuung bei den Eltern bleibt. Eine ergänzende Betreuung wird sinnvoll, wenn beide Eltern oder eine alleinerziehende Person arbeitet. Ausnahmen bilden soziale Indikationen.

Interview: Monika Amsler

Wechsel im Vorstand

Vorstandsmitglied Adrian Ritz musste nach der Rückkehr von einem einjährigen beruflichen Aufenthalt in den USA seine Prioritäten überprüfen und tritt schweren Herzens aus dem Vorstand aus.



Adrian Ritz

Vielen Dank, Adrian, für den Einsatz und all deine wertvollen Beiträge!

Impressum

Herausgeber:
EVP Kanton Bern,
Postfach, 3000 Bern 7
Redaktion «Berner EVP»:
Christof Erne, Bern

Kontaktadresse für «EVP-Info»: Christof Erne,
Tel. 031 991 78 91, ch.erne@hispeed.ch

EVP Stadt Bern, Postfach 6049, 3001 Bern
Postcheckkonto 30-2067-3;
Mail: info@evp-bern.ch, Internet: www.evp-bern.ch



EVP-Info



Evangelische Volkspartei
Stadt Bern

Informationen der Evangelischen Volkspartei Stadt Bern November 2010

Ein Sämann ging aus zu säen...

Das Gleichnis vom Sämann aus dem 13. Kapitel des Matthäusevangeliums ist sicher fast allen von uns bekannt. Es will uns daran erinnern, den guten Samen des Evangeliums in unseren Herzen aufgehen zu lassen. Im gleichen Kapitel erzählt uns Jesus aber auch ein anderes Gleichnis vom Säen: Ein Bauer säte Getreide, und als er schlief kam ein anderer – feindlicher – Sämann und säte Unkraut dazwischen...

Wörtlich genommen ist dies heute wohl kaum ein Problem. Und wenn ja, würden die meisten Bauern das Unkraut einfach mit Herbiziden bekämpfen. Aber wie steht es im übertragenen Sinn – zum Beispiel in der Politik? Was wird hier nicht alles gesät (oder zu säen verpasst)! Und was werden wir einmal ernten müssen?!

Von einem weisen englischen Parlamentarier im Ruhestand sah ich vor einiger Zeit ein etwas ausführlicheres, eindrückliches Film-Interview zur Demokratie und dem, was sie bedroht. Sein

Name ist mir entfallen, seine Worte hallen bis heute in mir nach: Die Stabilität einer Demokratie ist dann in Gefahr, wenn konsequent das Vertrauen zerstört und Furcht verbreitet wird.

Ist nicht genau dies die Strategie der grössten Partei in unserem Land? Die politischen Behörden und anderen Parteien der Schweiz werden fortlaufend dieskreditiert, die Europäische Union und internationale Vereinigungen sowieso. Mit Abstimmungskämpfen zur Personenfreizügigkeit oder zur Asyl-, Verwahrung- oder jetzt gerade zur Ausschaffungsinitiative werden sozial schwache und v.a. ausländische Mitbewohner laufend und einseitig als Bedrohung dargestellt – als Scheininvaliden, Sozialhilfebetrüger, Kriminelle, Messerstecher, schwarze Schafe oder Raben.

Mit einer solchen Geisteshaltung kann man weder das Gute fördern noch Probleme lösen – aber mit Hilfe verängstigter und verunsicherter Menschen leider



Christof Erne

Wahlen gewinnen. Misstrauisch gewordene Menschen suchen irgendwo Halt. Dummerweise oft bei jenen, die das Misstrauen gesät haben und zur Sicherung ihres Erfolgs ständig weiter säen. Um diesen Verführern zu entrinnen, brauchen wir selbst eine solide geistige Grundlage. Und vor allem das, was uns Jesus vorgelebt und gepredigt hat: Vertrauen zu Gott und Liebe zu allen Mitmenschen. Nur wer Gutes sät, kann auch Gutes ernten.

Christof Erne
Vorstandsmitglied EVP Stadt Bern

Einladung zur Adventsfeier

Mittwoch, 8. Dezember, 19.30 Uhr im Jardin des Evangelischen Gemeinschaftswerks, Nägeligasse 9 in Bern.

Gemeinsam wollen wir ein politisch ereignisreiches Jahr noch einmal auf uns wirken lassen, Weihnachtsguetzli knabbern, Glühmost trinken und uns auf die Festtage ausrichten.

Gerne dürfen Sie Freunde und Interessierte mitbringen.

Wir freuen uns auf das gemütliche Zusammensein mit Ihnen!

Für Ihre Agenda 2011

Jeweils Mittwoch, um 19.30 Uhr an der Nägeligasse 9.

19. Januar: Parolenfassung zu den städtischen Volksabstimmungen vom 13. Februar 2011.

16. Februar: Hauptversammlung 2011.

6. April: Parolenfassung zu den städtischen Volksabstimmungen vom 15. Mai 2011.

Im September: Mit der EVP unterwegs; nähere Infos folgen.

2. November: Parolenfassung zu den städtischen Volksabstimmungen vom 27. November 2011.

7. Dezember: Adventsfeier mit gemütlichem Beisammensein.

Städtische Volksabstimmungen vom 28. November 2010

Schulreglement mit Volksvorschlag

Der Stadtrat hat eine Teilrevision des Schulreglements beschlossen. Mit den Änderungen wurde vor allem die sogenannte Integration umgesetzt, die der Kanton neu verlangt: Ein grosser Teil der Kinder, die bislang in Kleinklassen unterrichtet wurden, gehen nun in Regelklassen zur Schule.

Nun gibt es zusätzlich eine Volksabstimmung, weil SVP und FDP Unterschriften für einen Volksvorschlag gesammelt haben. Sie wollen für den Übertritt in die Sekundarschule flächen-

deckend das Modell «Manuel» einführen. Die beiden EVP-Stadträte bitten Sie, den Volksvorschlag zum Schulreglement abzulehnen und das Schulreglement selbst anzunehmen. Mit dem Volksvorschlag würden wir «Manuel» über Jahre hinaus zementieren, obwohl nicht klar ist, ob es sich für die Umsetzung der Integration in der Oberstufe eignet.

Kinder würden damit weiterhin in separate Sekundar- und Realklassen eingeteilt. Im Zuge der Integration liegen aber heute aus

Budget 2011

Die Erstellung eines Produktgruppen Budgets ist ein langwieriger Prozess. An der Budgetsitzung im Stadtrat mussten 60 Anträge für Einsparungen und Mehrausgaben behandelt werden. Das Budget wurde dieses Jahr jedoch zügig verabschiedet. Zu reden gab vor allem, wie 25 Millionen Franken ausserordentliche Gewinnablieferung des ewb verwendet werden sollten. Der Gemeinderat kann auch nach der Debatte die Hälfte zur Tilgung der alten Schulden und die andere Hälfte in der laufende Rechnung verbuchen. Die Sparbemühungen des Gemeinderates betrafen auch eine Motion von Barbara

Streit-Stettler, die zwei autofreie Sonntage in der Stadt verlangt. Dieser Betrag wurde nun wieder ins Budget aufgenommen und wir hoffen, dass die Umsetzung nicht weiter ausgesetzt wird.

Die Stadt ist bemüht zu sparen. Beim genauen Hinsehen muss aber festgestellt werden, dass bis heute kein Leistungsabbau geplant wurde. Die Einsparungen erfolgen vorwiegend in internen Optimierungen sowie geringeren Papier- und Druckkosten.

Die EVP-Stadträte empfehlen das ausgeglichene Budget 2011 zur Annahme.

Martin Trachsel, Stadtrat

Leistungsvertrag mit den Kornhausbibliotheken

Keine andere Kulturinstitution, an die die Stadt Bern Beiträge leistet, wird so breit genutzt wie die Kornhausbibliotheken. 2009 gab es 1,05 Mio. Ausleihen. Alle Schichten der Bevölkerung profitieren am Hauptsitz im Kornhaus und in den Quartieren vom Angebot. Kinder werden in ihrer Lesefähigkeit gefördert, Erwachsene

finden Unterhaltung, Information und Lernstoff. Mit DVDs, Blue Ray, Hörbüchern und E-Books sind die Kornhausbibliotheken auf der Höhe der Zeit. Die EVP-Stadträte empfehlen, dem Leistungsvertrag mit den Kornhausbibliotheken für die nächsten vier Jahre zuzustimmen.

Barbara Streit-Stettler, Stadträtin



Barbara Streit-Stettler

Sicht der EVP andere Modelle näher, in denen Kinder aus Real und Sek gemischt im selben Schulzimmer unterrichtet werden.

Barbara Streit-Stettler, Stadträtin

Zonenplan ZPP Mühledorfstrasse

Zwischen der Mühledorfstrasse und der Bahnlinie liegt beim Bahnhof Bern Bümpliz-Nord ein schmaler Streifen schlecht genutzten Brachlands. Mit den Grundeigentümerinnen BLS und Swisscom wurde ein Infrastrukturvertrag abgeschlossen und im Rahmen eines Projektwettbewerbs ein interessantes Bauprojekt entworfen. Dieses sieht neue Dienstleistungsgebäude vor, die unmittelbar bei der S-Bahn-Station liegen und sich gut in das Hochhausquartier einfügen.

Die Neugestaltung des Bahnhofs zieht Anpassungsarbeiten bei der Bushaltestelle und einen Kreisel mit sich. Die voranschlagten Umgestaltungskosten verursachen der Stadt Kosten von 1,5 Millionen Franken.

Die geplante bauliche Verdichtung an der S-Bahn Station Bern Bümpliz-Nord macht Sinn. Die EVP-Stadträte empfehlen den Zonenplan für diese Zone mit Planungspflicht (ZPP) anzunehmen.

Martin Trachsel, Stadtrat

Städtische Volksabstimmungen vom 28. November 2010

EnergieWendeBern – zweimal Ja für Nachhaltigkeit

Die Initiative «EnergieWendeBern» und der Gegenvorschlag dazu nehmen uns in die Pflicht, uns für eine nachhaltige und verantwortliche Energiezukunft zu entscheiden. Die zwei EVP-Stadträte und der Vorstand empfehlen zweimal ja zu stimmen und in der Stichfrage den Gegenvorschlag anzunehmen.

Der Gemeinderat hat zusammen mit Energie Wasser Bern (ewb) einen Gegenvorschlag zur Initiative «EnergieWendeBern» ausgearbeitet. Initiative und Gegenvorschlag unterscheiden sich

inhaltlich nur in einem Punkt: Die Initiative will den Ausstieg aus der Atomenergie 2030, der Gemeinderat will ihn spätestens neun Jahre danach, also 2039. Die Argumente für die längere Frist sind vor allem mit den geplanten Investitionsbelastungen begründet und nachvollziehbar. Das Vorhaben ist ehrgeizig und nicht zu unterschätzen. Denn heute ist das ewb zu über 50% vom Atomstrom abhängig.

Der Stadtrat hat den Gegenvorschlag des Gemeinderates mit 47 zu 18 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Es liegt in der Kompetenz des Stadtrats, Ausführungsbestimmungen zum ewb-Reglement zu beschliessen. Eine Volksabstimmung ist dazu nicht nötig. Bei einem Rückzug der Initiative hätte das ewb des-



Martin Trachsel

halb sofort beginnen können, den Gegenvorschlag umzusetzen. Die EVP hat sich für diesen effizienten und politisch legitimen Weg eingesetzt. Aber das Initiativkomitee beharrte auf seiner Vorlage. Deshalb kommen nun Initiative und Gegenvorschlag zur Volksabstimmung.

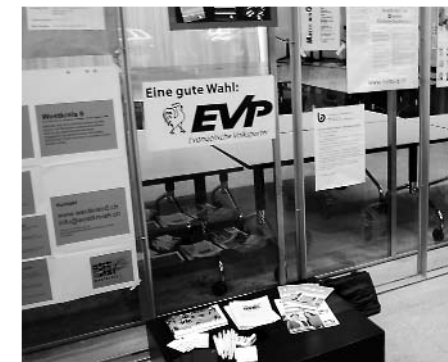
Martin Trachsel, Stadtrat

Mehr Infos im Internet

Detailliertere Informationen zu diesem Thema finden sich auf:

www.energiewendebern.ch

EVP zeigt sich an den Neuzuzügeranlässen in den Stadtteilen



Bernhard Christen (unten rechts) betreut den EVP-Auftritt in Bern West.

Zweimal jährlich finden in allen sechs Stadtteilen am selben Samstag Willkommensanlässe für Neuzuzüger/innen statt. So auch am 23. Oktober 2010 (Fotos). Die Anlässe sind von der Stadt finanziert, von den Quartierkommissionen organisiert und umfassen in der Regel eine kurze Begrüssung und Informationen, eine Führung im Quartier und einen Apéro. Bei letzterem können die im Quartier tätigen Vereine, Organisationen und Parteien einen Info-Tisch aufstellen und mit den Zugezogenen Kontakte knüpfen.

Oft beteiligen sich nur wenige Parteien. Doch die mit aktiven Leuten in den Quartierkommissionen vertretene EVP ist regelmässig mit dabei, und ihre blaugelben Kleber oder Spruchbändern fallen jeweils sehr gut auf. ce



Meieli Dillier (links), Mitglied der Quartierkommission, am EVP-Stand im Kirchenfeld.